

Oborny  
1. XII 1917

147

### Czechen, Südslawen und Ukrainer über das russische Friedensangebot.

Wien, 1. Dezember.

Die Präsidien des Czechischen Verbandes, des südslawischen Klubs und der ukrainischen parlamentarischen Vertretung haben folgendes Communiqué beschlossen:

Das Friedensangebot der gegenwärtigen russischen Regierung beruht nicht nur auf dem Prinzip: ohne Annexionen und Kontributionen, sondern auch auf dem Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes aller Nationen, was von unserer Regierung verschwiegen wird. Wir stellen daher fest, daß die Basis, auf welcher die österreichische Regierung nach der Erklärung des Herrn Ministerpräsidenten in Friedensverhandlungen einzutreten bereit ist, in diesem wesentlichen Punkt im direkten Widerspruch zu den Bedingungen des Friedensmanifestes der gegenwärtigen russischen Regierung an alle Völker der kriegsführenden Staaten steht, denn das Angebot setzt Garantien für die nationale Selbstbestimmung voraus, wogegen die im Einvernehmen mit dem Minister des Aeußern abgegebene Erklärung des österreichischen Ministerpräsidenten die Wahrung des Selbstbestimmungsrechtes durch Verschweigung geradezu auszuschließen scheint. Mit Rücksicht auf diesen Gegensatz, den wichtigsten Punkt des Waffenstillstandsangebotes, finden wir, daß die bereits eingeleiteten Verhandlungen zu einem Friedensabschlusse nicht führen können, wofür wir die Regierung voll verantwortlich machen müßten. Von unserem Standpunkt aus stellen wir noch einmal fest, daß wir im Sinne unserer Deklarationen vom 30. Mai d. J. vollinhaltlich auch auf der Forderung des Selbstbestimmungsrechtes aller Völker beharren.“